

Nach Untersuchungen des Staatlichen Statistikamtes und der Staatsverwaltung für Industrie und Handel wären insgesamt 10% der rd. 4,37 Mio. Haushalte mit einem "jährlichen Einkommen von mehr als 10.000 Yuan" bereit, ein Auto zu kaufen. Die meisten der Interessenten sind entweder Geschäftsleute oder "bekannte Persönlichkeiten aus Kultur, Kunst, Sport, Wissenschaft und Technologie". Die Gesellschaft versucht, ihre Interessenpolitik der chinesischen Wirtschaftsführung "schmackhaft" zu machen, indem sie auf die wirtschaftspolitisch positiven Effekte verweist: "In naher Zukunft kann nur der Kauf von privatem Wohnungseigentum und Autos die großen Mengen an überschüssigem Kapital absorbieren und damit die Herausnahme von Geld aus dem Umlauf beschleunigen." Z.Zt. hat die Gesamtkaufkraft der chinesischen Bevölkerung ein Volumen von über 100 Mrd.Yuan erreicht, "das nicht allein durch elektrische Haushaltsgeräte absorbiert werden kann." Weiter heißt es: "Immer mehr Leute sind sich darüber klar geworden, daß ein Auto nicht mehr ein Luxusgegenstand oder ein Symbol der Macht und des Status ist, sondern das bequemste Transportmittel." Es bleibt die Frage offen, wie der notwendige Straßenbau und der Ausbau der Raffineriekapazität finanziert werden soll. (XNA, 29.12.88) -ma-

*(54)

Schwarzmarktsprache

Auf dem illegalen Devisenschwarzmarkt in chinesischen Städten haben die Schwarzhändler in der Zwischenzeit eine eigene Terminologie entwickelt, die u.a. solche für Außenstehende unverständlichen Begriffe wie "Ölfladen", "scheren", "weiche Melonen" und "Theater spielen" beinhaltet. Zwei chinesische Journalisten veröffentlichten einen Bericht aus dem Milieu der Geldwechsler in Beijing. Sie beschreiben dabei Vorgänge, die "jeder Tourist in China miterlebt, wenn er beim Verlassen seines Hotels" von Geldhändlern angesprochen wird. Insgesamt existieren in der chinesischen Hauptstadt "inzwischen mehr als 30 illegale Tauschplätze". Die Schwarzhändler sind heute wesentlich besser organisiert als noch vor fünf Jahren. "Mit Sprechfunkgeräten ausgerüstet wie die Polizei, haben sie sich auf arbeitsteilige

Kooperation umgestellt. Einige haben ihre festen Treffpunkte und Zeiten etwa zum Zahltag von Botschaften und Handelsvertretungen. Vor allem wächst auch die Zahl von Chinesen, die Devisen haben wollen oder brauchen, vom Taxifahrer bis zum Studenten, der heute für ein Auslandsstudium hohe Garantiesummen in Devisen aufbringen muß."

Aufgrund dieses großen Interesses hat sich eine eigene Schwarzmarktszene mit einem entsprechenden Berufsjargon entwickelt. Ein "Ölfladen" (Youzi) ist ein Kunde, der nicht leicht zu betrogen ist. Sein Gegenstück ist eine "weiche Melone". Die einzelnen Geldscheine haben ebenfalls Sonderbezeichnungen. So heißt ein 10-Yuan-Schein "Blatt", ein 100-Yuan-Schein "Stamm", ein 1.000er "Tonne", ein 10.000er "Viereck". Ein Betrugsvorgang heißt "scheren". Eine typische Variante liegt darin, den ahnungslosen Kunden aufzufordern, die erhaltenen chinesischen Geldscheine zu zählen, wobei immer ein oder zwei Scheine fehlen. Der "anscheinend ehrliche Dealer" zählt daraufhin zum zweitenmal nach und legt die fehlende Scheine zu. "Zu Hause merkt der Geleitete, daß nach dem zweiten Zählen nicht nur zwei, sondern wesentlich mehr Scheine fehlen. Die Methode hat sich in der Zwischenzeit herumgesprochen. Dementsprechend hat sich das "Scheren verfeinert". Gewöhnlich arbeiten heute Gruppen zusammen, die durch unterschiedliche Ablenkungsmanöver verhindern sollen, daß der Betroffene den Betrug merkt. In der Sprache der Schwarzhändler sollen sie verhindern, daß er "aufwacht". Eine beliebte Methode ist es, daß beim erneuten Nachzählen einer der Beteiligten plötzlich das vermeintliche Herankommen der Polizei meldet.

Angeblich verhindert ein strenger Ehrenkodex, daß sich die Schwarzhändler untereinander betrügen. Besonders wichtig ist die Verlässlichkeit der sog. "Läufer", die in regelmäßigen Abständen das Geld vor allem nach Guangzhou bringen, "wo es zu einem noch höheren Kurs wieder rückgetauscht wird". Bisher ist Chinas Polizei trotz wiederholter Großuntersuchungen "weitgehend hilflos". (FR, 8.1.89) -ma-

Taiwan

*(55)

Außenhandel 1988 mit weniger Exportüberschuß

Offiziellen Statistiken zufolge sind Taiwans Exporte 1988 um 13% auf eine Höhe von 60.587 Mio.US\$ und die Importe um 42% auf 49.649 Mio.US\$ gestiegen. Dadurch ergibt sich ein Handelsüberschuß von 10.938 Mio.US\$, was gegenüber dem Vorjahr (19 Mrd.US\$) einen Rückgang von 42% darstellt.

In der Weltrangliste nahm Taiwan 1988 mit einem Gesamthandelsvolumen von über 11 Mrd.US\$ den 13.Platz ein. Von der Exportseite her gesehen stand es mit einem Anteil von 2,2% am Weltexportvolumen an 11. Stelle, während es beim Import mit einem Anteil von 1,3% weltweit die 17. Stelle einnahm. (ZYRB, 25.1.89, S.1)

95% der Exporte 1988 entfielen auf Elektronik-, Textil- und andere Industrieprodukte. Unter den Importwaren lagen Agrarprodukte und Industrierohstoffe mit einem Wert von 32 Mrd.US\$ um 44,8% höher als vor einem Jahr, Konsumgüterimporte nahmen mit 3,76 Mrd.US\$ um 35% zu. (Taiwan Gonglunbao, Gardena/Calif., 19.1.89, S.5) Besonders bemerkenswert ist die Zunahme des Imports von Gold im vergangenen Jahr. Zum Abbau des Exportüberschusses gegenüber den USA sowie zur Diversifizierung der Devisenreserven kaufte Taiwan 1988 351.000 kg Gold im Wert von 5,88 Mrd.US\$ auf dem Weltmarkt (davon 2,8 Mrd.US\$ in den USA) auf, im Jahr davor waren es 87.321 kg. Damit ist Taiwan 1988 noch vor Japan (300.000 kg) zum größten Goldimporteur der Welt geworden. (FCJ, 19.1.89, S.7)

Die USA sind nach wie vor der wichtigste Handelspartner und auch der größte Absatzmarkt Taiwans. Der bilaterale Warenaustausch betrug 1988 36,42 Mrd.US\$ mit einem Handelsbilanzüberschuß von 10,4 Mrd.US\$ zugunsten Taiwans (nach Schätzung der US-Regierung: 14,5 Mrd.US\$), 35%

niedriger als vor einem Jahr. Der Anteil des US-Marktes am Gesamtexport Taiwans fiel von 47,8% (1986) auf 38,67%. Andererseits erhöhte sich 1988 Taiwans Handelsdefizit gegenüber Japan, seinem größten Lieferanten, um 25% auf 60,6 Mrd.US\$, das Gesamtvolumen des bilateralen Handels betrug 23,6 Mrd.US\$. (Taiwan Gonglunbao, Gardena/Calif., 12.1.89, S.5; FCJ, 9.1.89, S.7)

Nach Schätzung von Jiang Bingkun, Direktor des Außenhandelsamts des Wirtschaftsministeriums, wird der Handelsüberschuß in diesem Jahr noch weiter um 38% auf 6,55 Mrd.US\$ fallen. Für 1989 wird ein Gesamthandelsvolumen von 126,55 Mrd.US\$ erwartet, wovon 66,55 Mrd.US\$ (+10%) auf Exporte und 60 Mrd.US\$ (+20%) auf Importe entfallen sollen. (LHB, 1.1.89, S.3) -ni-

*(56) Niederlage im "Geflügel-Krieg" mit den USA

Nach über einjährigen Verhandlungen über die Öffnung des taiwanesischen Marktes für die Einfuhr von Geflügelfleisch aus den USA haben die Unterhändler beider Seiten am 5. Januar d.J. in Washington eine Vereinbarung getroffen. Danach wird in diesem Jahr die Monatsimportquote von sortierten Putenfleischteilen (Flügel und Keulen) auf 450 t, in den ersten acht Monaten des kommenden Jahres auf 500 t erhöht und ab 1. September 1990 soll das Quotensystem ganz abgeschafft werden. Darüber hinaus machte Taiwan die Zugeständnisse, den Zolltarif auf importiertes Putenfleisch von 40% auf 20% zu senken, die hygienische Kontrolle einzuschränken und ab 1. September 1990 auch die Einfuhr von Enten(fleisch) aus den USA zu erlauben. (ZYRB u. CP, 7.1.89; LHB, 7. u. 11.1.89; Taiwan Gonglunbao, Gardena/Calif., 19.1.89)

Kurz vor Beginn der letzten Verhandlungsrunde hatte die amerikanische Seite mit der Einschränkung der Importe aus Taiwan gedroht, falls die Gespräche abermals kein Ergebnis bringen würden. Unter ähnlichem Druck hatte Taiwan schon zwei Jahre zuvor seinen Markt für Importe von Tabak und Alkoholwaren aus den USA öffnen müssen.

Ein weiterer schwerer Schlag für Taiwans Export in die USA ist die Beendigung der US-Zollpräferenz GSP (Generalized System of Preferences) für die vier "kleinen Drachen" Asiens (Taiwan, Südkorea, Hongkong und Singapur). In den letzten 13 Jahren hatte Taiwan mit einem jährlichen Durchschnittsanteil von 25% an der Gesamtwertschöpfung aller zollfrei in die USA exportierten Handelswaren aus den Entwicklungsländern zumeist von der GSP profitiert. 1987 betrug das Warenvolumen aus Taiwan mit der US-Zollbegünstigung 4,17 Mrd.US\$, was mehr als 17,6% des taiwanesischen Gesamtexportwertes in die USA desselben Jahres entsprach. (FCJ, 91.89) -ni-

*(57) Diplomatische Beziehungen zu den Bahamas aufgenommen

Am 9. Januar haben die Außenministerien in Taipei und Nassau, der Hauptstadt des karibischen Staates Bahamas, die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten verkündet. (ZYRB, LHB u. CP, 10.1.89) Bereits im November vergangenen Jahres hatte der Außenminister der Bahamas, Clement Maynard, bei seinem Besuch in Taiwan mit Außenminister Lian Zhan (Lien Chan) ein Kommuniqué zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen unterzeichnet. (C.a., Nov. 1988, S.852, Ü 44)

Anlässlich der offiziellen Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Nassau unternahm Ministerpräsident Yu Guohua (Yu Kuo-hwa) vom 9. bis 12. Jan. einen Besuch auf den Bahamas und unterzeichnete mit seinem Amtskollegen Lynden Pindling ein Gemeinsames Kommuniqué über freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Regierungen. Anschließend stattete er noch zwei anderen lateinamerikanischen Staaten, der Dominikanischen Republik und Guatemala, einen Besuch ab und kehrte am 19. Jan. nach Taiwan zurück.

Zur Zeit unterhält Taipei diplomatische Beziehungen zu 33 Ländern: 1 in Europa (Vatikan), 1 in Asien (Südkorea), 1 in Nahost (Saudi-Arabien), 3 in Afrika (Südafrika, Swasiland, Malawi), 13 in Lateinamerika (Bahamas, Costa Rica, Dominica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Haiti,

Honduras, Panama, Paraguay, St. Christopher und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen) und 4 im südpazifischen Raum (Nauru, Salomon-Inseln, Tonga, Tuvalu). -ni-

*(58) Einkommenskala vom Staatspräsidenten bis zum Industriearbeiter

Einer Meldung des FCJ (9.1.89, S.3) zufolge verdient Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) 273.000 NT\$ (knapp 10.000 US\$) im Monat. Sein persönliches Einkommen im vergangenen Jahr betrug insgesamt 6,5 Mio.NT\$, wovon er Steuern in Höhe von 878.740 NT\$ an das Finanzamt abzuführen hatte.

Bei Regierungsbeamten liegt laut einer in der Wirtschaftswochenzeitschrift *Gongshanggen* (Unternehmer) aufgestellten Tabelle vom 22.-28. Jan. 1989 (S.19) das höchste Monatsgehalt (Tarifstufe 14) bei 57.032 NT\$ (2.074 US\$) und das niedrigste (Tarifstufe 1) bei 12.494 NT\$ (454 US\$).

Beamte im gehobenen und höheren Dienst beziehen allgemein eine bessere Vergütung als Angestellte entsprechender Schichten in der Privatwirtschaft. Aber die leitenden Angestellten großer Firmen verdienen wiederum wesentlich mehr als die Spitzenbediensteten in der Regierung; das Monatseinkommen eines Geschäftsführers liegt im Durchschnitt bei 80.000-120.000 NT\$ und darüber.

Der durchschnittliche Monatslohn von Industriearbeitern ist nach einer Untersuchung des Wirtschaftsministeriums im Zeitraum 1980-1988 um 169% von 223 US\$ auf 601 US\$ gestiegen, in Japan zum Vergleich um 121,7%, in Südkorea 110,9% und in den USA 47,8%. Zieht man den Produktivitätswachstumsfaktor ab, dann erhöhten sich die Lohnkosten in Taiwan im genannten Zeitraum um 102,7%, mehr als in Japan (76%) und den USA (10%). In Südkorea, Taiwans Wirtschaftskonkurrenten, sind die Lohnkosten beim selben Vergleich sogar um 26% gesunken. (FCJ, 26.1.89, S.7) -ni-

*(59) Wieder turbulente Szenen im Parlament bei Verabschiedung von drei neuen Gesetzen

Unter großen Turbulenzen mit Beschimpfungen und Handgreiflichkeiten zwischen den Fraktionen der Regierungspartei Kuomintang (Kuomin-

tang, GMD) und der oppositionellen Minjindang (Demokratische und Fortschrittspartei, MJD) hat das Gesetzgebungsorgan drei politisch umstrittene Gesetze verabschiedet: Am 20. Jan. das Gesetz zur Regelung ziviler Körperschaften einschließlich politischer Parteien und am 26. Jan. die Novellierung des Wahl- und Abberufungsgesetzes sowie die Bestimmungen über Rücktritt der vor 40 Jahren gewählten Parlamentarier. Am heftigsten war der Streit um das letzte Gesetz. Es wurde schließlich unter Polizeieinsatz und ohne die zweite und dritte Lesung verabschiedet, woraufhin oppositionelle Abgeordnete wütend die Präsidiumstribüne zerschlugen (ZYRB, LHB u. CP, 17.-27.1.89).

Im Gesetzgebungsorgan wie auch in den zwei anderen staatlichen Volksvertretungsorganen - dem Kontrollorgan und der Nationalversammlung - herrscht noch immer eine Mehrheit der vor 40 Jahren auf dem chinesischen Festland gewählten greisen Abgeordneten. Außer ihnen gibt es noch eine kleinere Anzahl der sogenannten "zusätzlichen Abgeordneten", die seit den 70er Jahren in Taiwan gemäß der in der Verfassung vorgesehenen Legislaturperiode alle drei (Gesetzgebungsorgan) bzw. 6 (Nationalversammlung und Kontrollorgan) Jahre neu gewählt werden. Nach dem neuen Gesetz fördert die Regierung die freiwillige Pensionierung der alten Abgeordneten mit einer Abfindungsprämie in Höhe von 3,7 Mio. NT\$ (134.546 US\$), um somit das Parlament zu verjüngen und gleichzeitig den Anspruch auf die Repräsentation für Gesamtchina aufrechtzuerhalten. Die Opposition verlangt hingegen den sofortigen oder kurzfristigen Rücktritt aller alten Parlamentarier und die Erneuerung des Parlaments durch Wahlen. Zur Unterstreichung ihrer Forderungen veranstaltete die MJD am 17. und 20. Jan. Massendemonstrationen vor dem Parlamentsgebäude.

In dem Gesetz zur Regelung ziviler Körperschaften machte die Regierungspartei gegenüber der Opposition mehrere Konzessionen; so braucht man z.B. bei Gründung einer neuen politischen Partei im Unterschied zu anderen Volksorganisationen den Bestimmungen zufolge keine Genehmigung bei den zuständigen Behörden

einzuholen, es reicht eine Meldung bei der Zentralregierung. Bestehen bleibt allerdings die Bedingung, daß die Organisationen und politischen Parteien nicht gegen die Verfassung verstoßen und Kommunismus und Separatismus nicht befürworten dürfen. Gerade die MJD, in der ein großer Teil ihrer Mitglieder eine Unabhängigkeit Taiwans von China unterstützt oder damit sympathisiert, wird von der Regierungspartei und ihren Anhängern häufig als separatistisch bezeichnet.

Im neuen Wahlgesetz sind die Einschränkungen der Wahlkämpfe reduziert worden. Ein Vorschlag der MJD, den früher unter der Anklage der Rebellion verhafteten und inzwischen wieder freigelassenen Dissidenten das passive Wahlrecht wieder einzuräumen, wurde aber nicht berücksichtigt.

Hongkong und Macau

*(60)

Erste Überarbeitung des Grundgesetzentwurfs für Hongkong abgeschlossen

Auf ihrer 8. Plenarsitzung vom 9. bis 15. Jan. 1989 in Guangzhou hat die Kommission für den Entwurf des Grundgesetzes für Hongkong als chinesische Sonderverwaltungszone (SVZ) ab 1997 die erste Überarbeitung des Grundgesetzes abgeschlossen. Mit der Arbeit daran wurde vor dreieinhalb Jahren begonnen und Ende April 1988 ein erster Entwurf zur öffentlichen Diskussion vorgestellt.

Insgesamt gingen bei der Kommission 58 Änderungsvorschläge ein, von denen 12 akzeptiert wurden. Der neu ausgearbeitete Text, bestehend aus 159 Artikeln und drei Anhängen, soll Ende Febr. oder Anfang März d.J. vom Ständigen Komitee des Nationalen Volkskongresses (NVK) der VR China zur zweiten öffentlichen Diskussion veröffentlicht werden und dann von der Kommission nochmals überarbeitet werden.

Außerdem empfahl die Kommission dem NVK die Gründung eines Ausschusses für das Grundgesetz der SVZ Hongkong im Ständigen Komitee des NVK und machte ebenfalls einen Entwurf von Bestimmungen für die Bildung der ersten Regierung und des ersten Legislativrats der SVZ Hongkong.

Die Kommission für den Entwurf des Grundgesetzes zählt z.Z. 55 Mitglieder, von denen 22 aus Hongkong und 33 aus der VR China stammen. An der 8. Plenarsitzung nahmen 53 Mitglieder teil. Sitzungsgemäß ist für jeden Beschluß eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich, die bei Abstimmung über den Art. 19 (Bereich der Gerichtsbarkeit der SVZ) nicht zustande kam. Dies wurde jedoch mit einer Anmerkung in den Text mitaufgenommen.

Bei der öffentlichen Diskussion über den Grundgesetzentwurf zeigte sich in der Bevölkerung großes Interesse an dem zukünftigen Regierungssystem. Die liberalen Kräfte, vor allem Intellektuelle und Studenten, befürworteten eine schnelle Einführung allgemeiner und direkter Wahlen zur Verwirklichung der Demokratie. Dagegen forderten die konservativen Kräfte, vor allem Unternehmer, im Hinblick auf politische Stabilität eine vorsichtiger Gangart. Im November letzten Jahres wurde ein Kompromißvorschlag von Louis Cha, Schriftsteller und Verleger der Mingbao-Gruppe, vom Ausschuß für das politische System der Kommission aufgenommen. Nach diesem Vorschlag soll bis zum Jahr 2011 nur ein Teil der Abgeordneten des Legislativrats (27% ab 1997 und 50% ab 2003) direkt vom Volk und der Regierungschef durch eine Wahlkörperschaft indirekt gewählt werden. Durch ein Referendum soll nach 2011 abgestimmt werden, ob allgemeine Wahlen zum Parlament und des Regierungschefs vollzogen werden sollen.

Gegen diesen Vorschlag veranstalteten die liberalen Gruppen massive Demonstrationen und Hungerstreiks. Da aber in der Entwurfskommission die konservativen Kräfte die große Mehrheit bilden und auch von der VR China unterstützt werden, wurde bei der Abstimmung auf der Plenartagung der Vorschlag von Louis Cha angenommen. Außerdem wurde ein - noch konservativerer - Vorschlag von Cha Chi